

Pro Köln macht gegen Asylmissbrauch mobil



Die neuen amtlichen

Zahlen bestätigen bundesweit einen massiven Anstieg der Asylbewerberzahlen – mit über 98 % nicht asylberechtigten Personen, hier besonders Roma und Sinti! Gegen die unmittelbaren Auswirkungen vor Ort macht nun die Bürgerbewegung PRO KÖLN in der Domstadt mit einer Kundgebungsserie mobil. Mehrere neue Asylantenheime sind derzeit in Köln geplant, mit Baukosten im zweistelligen Millionenbereich. Überall stoßen die Pläne auf Ablehnung der Bürger, die PRO KÖLN als einzige der im Stadtrat vertretenen Gruppierungen auf ihrer Seite wissen.

Im beschaulichen Stadtteil Köln-Godorf soll bereits in Kürze Baubeginn sein. Dort soll ein bestehendes Asylantenheim um vorerst ein Gebäude erweitert werden. In unmittelbarer Nähe zur Guttenberg-Realschule soll für drei Millionen Euro das Gebäude entstehen, direkt angrenzend an ein Wohngebiet. Schon jetzt gibt es Probleme mit dem bestehenden Heim im Kölner Süden. Viele Anwohner sind verärgert, dass sie nicht in Kenntnis gesetzt worden sind, sondern aus der Zeitung von dem Vorhaben der Stadt erfahren haben. Die Bürger vor Ort stehen deshalb Kopf und wurden vom [Kölner Stadt-Anzeiger schon mal prophylaktisch als „Rassisten“](#) und Ähnliches beschimpft. Kurzfristig hat die Stadtverwaltung nun eine Bürgeranhörung mit der multikultibewegten Sozialdezernentin Henriette Reker einberufen, um die Anwohner einzulullen. Am Dienstag, dem 15. Januar, findet in der St. Katharina-Gemeinde um 19 Uhr die Veranstaltung statt. Bereits um 18.30 Uhr wird PRO KÖLN vor

der Versammlungsstätte an der Katharinenstraße, Ecke Immendorfer Straße, [eine Kundgebung abhalten](#). Anschließend ruft die Bürgerbewegung ihre Anhänger zur aktiven Teilnahme an der Bürgeranhörung auf.

Ebenfalls aktive Einmischung von PRO KÖLN wird es am 26. Januar in Köln-Urbach geben, wo fast 100 Roma und Sinti kurz vor Weihnachten in einer Nacht und Nebel-Aktion in das Hotel Dürscheidt einzogen ([PI berichtete](#)). Die Fraktion PRO KÖLN hat für den Stadtrat eine Anfrage nach den Kosten eingebracht und die sofortige Beendigung dieser massiven Steuergeldverschwendung gefordert. Am 26. Januar will man mit einer großen Protestkundgebung im Herzen des Stadtteils dieser Forderung Nachdruck verleihen.

Wie zudem weiter aus PRO-Kreisen zu vernehmen ist, sind ähnliche Kundgebungen und Proteste landesweit in ganz Nordrhein-Westfalen für das Frühjahr 2013 geplant.